

KOMMENTAR

»GROKO? NA KLAR!«

Von Heino Wiese

Bei der CSU in München knallen die Sektorkorken: Mehr geht nicht oder »passt scho« wie Seehofer sagt. Die größte Nullnummer des letzten Bundeskabinetts, Alexander Dobrindt, steht als glorreicher Sieger da. Man hat in der neuen Groko den Noch-Ministerpräsidenten würdevoll entsorgt und damit endgültig die Bahn für die neue Söder-Zeit freigemacht. Seehofer hat das Innenministerium bekommen und kann nun immer wieder seine Lieblingsthemen »Obergrenze« und »Abschiebung« repetieren. Aber nicht genug damit, er hat auch noch das Heimatministerium mit der Raumordnung dazubekommen und wird daher Julia Klöckner manches Thema aus dem Bereich »Entwicklung der ländlichen Räume« abnehmen. Und zu guter Letzt bekommt der Horsti auch noch das Bauministerium und wird damit zum obersten Bauherren der Republik. Damit er diese Mammutaufgaben überhaupt erfüllen kann, wird er noch eine Reihe fescher bayrischer Staatssekretäre und Staatssekretärinnen bekommen. Da ist es fast schon zu vernachlässigen, dass der Dr. Andy Scheuer das wichtigste Infrastrukturmaterium »Verkehr und Digitales« an Land gezogen hat und nun wieder viele lukrative Projekte für Bayern vergeben wird. Da die CSU ja eine moderne Partei ist, darf Dorothee Bär nun auch noch das Entwicklungshilfeministerium leiten und als attraktive Reiseleiterin Delegationen nach Afrika begleiten um zukunftsträchtige Investitionen für Bayern zu akquirieren.

Bei der SPD, die viele sozialdemokratische Themen in den Koalitionsvertrag einbringen konnte, könnte man sich eigentlich auch über die unglaubliche Zahl von sechs Ministerien freuen. Aber in der streitbaren Partei sucht man nun nach Fehlern und Schwächen in den Koalitionsvereinbarungen. Dabei formulieren Jusos und Parteilinke sozialdemokratische Ziele und Erwartungen, die man nur mit einer wenig realistischen 50-prozentigen Mehrheit bei der nächsten Bundestagswahl durchsetzen könnte. Trotzdem wird die Mehrheit der Mitglieder den Erfolg erkennen und beim Mitgliederentscheid für die Groko stimmen.

Aber auch der scheidende Parteivorsitzende Schulz trübt die Stimmung. Schulz, dessen Versprechungen ihm auf dem Parteitag im vorigen Jahr 100 Prozent der Stimmen und am Anfang diesen Jahres immer noch über 80 Prozent der Delegiertenstimmen brachten, ist eine einzige Enttäuschung. Schulz hat einen grauenvollen Wahlkampf ohne Zukunftsideen absolviert. Er hat versprochen, die Partei zu erneuern, ohne zu sagen, was er eigentlich damit meint und er wollte unter keinen Umständen in einem Kabinett Merkel sein. Und nun drängelt er den profiliertesten sozialdemokratischen Politiker Sigmar Gabriel aus dem Amt des Außenministers. Unglaublichkeit hat einen Namen: Martin Schulz. Und so jemand soll in der Welt um Vertrauen für Deutschland werben? Zum Glück hat er es sich anders überlegt. Die Gewinnerin bei der SPD ist Andrea Nahles! Sie wird mit ihrem Machtwort, ihrer Energie und mit ihrer politischen Intelligenz die Geschicke der SPD für die nächsten Jahre bestimmen und die Partei erneuern. Sie hat anders als Schulz ein Zukunftskonzept im Kopf und wird dieses auch umsetzen können. Ob sie auch zu einer erfolgreichen Kanzlerkandidatin wird, ist im Moment noch nicht abzusehen. Natürlich hat sie alle dafür erforderlichen Fähigkeiten, allein die Performance ist trotz deutlicher Verbesserungen immer noch so, dass sie viele Wähler abschreckt.

Zur CDU lässt sich nach den Ergebnissen der Koalitionsverhandlungen eigentlich nur als Fazit der Ausspruch des CDU-Abgeordneten Gutting nennen: »Puh, wir haben immerhin noch das Kanzleramt«. Und Schuld an allem hat Lindner!

BUNTES AUS BERLIN

NEU: EDUARDO PAOLOZZI - LEGENDE DER BRITISCHEN POPART

Der Bildhauer und Grafiker Eduardo Paolozzi gilt als einer der innovativsten Künstler des 20. Jahrhunderts. In den 1940er-Jahren schrieb er international Kunstgeschichte mit einer Collagenserie, in der er Bildmotive aus Populärkultur und Werbung verarbeitet und so entscheidende Ideen der Pop Art vorwegnahm. Paolozzis Skulpturen und Grafiken bewegen sich an der Schnittstelle zwischen Mensch und Maschine. Ausgehend von

einem besonderen Interesse für Wissenschaft und Technik stehen sie für seine Suche nach einer neuen Formensprache und Ikonografie der Massen- und Industriegesellschaft. Mit innovativen künstlerischen Techniken wie Siebdruck oder Sampling in den Bereichen Grafik und Skulptur forderte er nicht zuletzt die ästhetischen Konventionen seiner Zeit heraus.

Die Ausstellung findet zwischen dem 9. Februar und dem 28. Mai 2018 statt.

IMPRESSUM

Herausgeber: WIESE CONSULT GmbH
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de ·
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-Id.Nr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Alice Greschkow
Telefon 030.810588813
Druck u. Verlag: Hauptstadt Insider c/o Wiese Consult
GmbH, Behrenstraße 73, 10117 Berlin
Satz, Layout: Alice Greschkow, Jenny Bogitzky, Wiese Consult
erscheint seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de



INSIDER

ZUM SAFER INTERNET DAY AM 6. FEBRUAR



Foto: © Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, Kaminski

Von Tabea Rößner MdB, netzpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Die Grünen

Das Internet bietet fast unbegrenzte Möglichkeiten sich zu informieren. Doch leider kursieren immer mehr gezielte Falschmeldungen, Verschwörungstheorien oder Beleidigungen bis hin zu Diffamierungen im Netz. An einem Tag wie dem Safer Internet Day gilt es für einen bewussten und sensiblen Umgang mit Informationen im Internet zu werben. Es

geht nicht nur darum, das eigene Verhalten zu überprüfen und Informationen gegenzuchecken, sondern auch darum, das persönliche Umfeld zu sensibilisieren.

Medienkompetenz sorgt für mehr individuelle Sicherheit und verbessert den Umgang mit allen sozialen Medien. Die vergangenen Diskussionen um Fake News oder versuchte Wahlbeeinflussung durch ausländische Geheimdienste haben das Thema wieder auf die Tagesordnung gebracht. Auch die Bundesregierung muss Medienkompetenz endlich als wesentliche Fähigkeit in der digitalen Gesellschaft begreifen und stärker fördern. Wir fordern unabhängige und kostenfreie Informations- und Beratungsstellen zum Umgang mit Fake News. Zudem müssen Plattformbetreiber ihrer Verantwortung nachkommen. Deshalb muss das Netzwerkdurchsetzungsgesetz dringend evaluiert werden, damit Verantwortung auf der einen Seite übernommen werden kann, ohne dass Overblocking entsteht und Medieninhalte zu Unrecht gelöscht bleiben.

ERNEUTER SHUTDOWN IN DEN USA

Nach nur 17 Tagen kam es wieder zu einem »Shutdown« in den USA – die öffentlichen Behörden dürfen ab diesem Zeitpunkt wegen Geldmangels nicht mehr weiterarbeiten. Grund für diese Haushaltssperre ist eine Frist bei der Abstimmung eines Haushaltsgesetzes. Bis Mitternacht hätten beide Kammern über dieses Gesetz abstimmen müssen, jedoch kam es aufgrund langer Reden im Senat zu Verzögerungen.

Es war der republikanische Senator Rand Paul, der tatsächlich die Haushaltssperre hervorrief – er hatte von seinem Rederecht über mehrere Stunden gebraucht ge-

macht, da er sich gegen den Kompromiss, den Demokraten und Republikanern beim Haushaltsentschluss ausgehandelt hatten, stellen wollte.

Abschließend muss das Repräsentantenhaus über das Haushaltsgesetz abstimmen. Ob es eine Mehrheit geben wird, ist ungewiss – für die Republikaner ist das Haushaltsgesetz zu teuer, da sie das Risiko einer hohen Neuverschuldung sehen. Die Demokraten hingegen hatten ihre Kooperationsbereitschaft bei dem Thema angeboten, um im Gegenzug eine größere Unterstützung für das geforderte Einwanderungsgesetz zu erhalten.

INTERNER HANDELSKRIEG IN KANADA STÖRT GÜTERVERKEHR

Der kanadische Präsident Justin Trudeau muss zwei Provinzen seines Landes befrieden, die einen innerstaatlichen Handelskrieg ausgelöst haben. Die Provinz British Columbia sperrt sich gegen die Trans Mountain Pipeline für Öl aus Teersand der Provinz Alberta. Alberta reagierte mit einem Importboykott von Wein aus British Columbia.

Damit wird ein wichtiger Agrarsektor von British Columbia getroffen, da jährlich 17 Millionen Flaschen aus dem dort gelegenen Weinanbaugebiet nach Alberta exportiert werden.

Der Streit um die Pipeline ist nicht neu – Umweltschützer befürchten zerstörerische Folgen für die Regionen, durch welche die Pipeline verlaufen soll. Ziel ist es, dass die Pipeline Öl bis in die Nähe der Küstenstadt

Vancouver befördern soll, damit von dort aus das kostbare Gut international exportiert werden kann. Auch dort mehren sich die Befürchtungen um Schädigung der Umwelt durch den Tankerbetrieb.

Es zeichnet sich ab, dass der Bau der Pipeline sich weiter verzögern wird, da die Regierung von British Columbia ein weiteres Anhörungsverfahren angekündigt hat, um auch die Bürger der betroffenen Regionen zu Wort kommen zu lassen. Für die Politik auf Staatsebene bildet sich ein großes Dilemma zwischen den Naturschutzregelungen, für die in Kanada ein tiefes Bewusstsein besteht, sowie der Aussicht auf wirtschaftliche Sicherheit und Arbeitsplätze. Der Ausbau des Pipeline-Systems würde zu einer Verdreifachung der Ölkapazität führen.

WIRTSCHAFT · MITTELSTAND · FINANZEN

ABSATZMARKT IN CHINA WÄCHST FÜR DIE AUTOMOBILBRANCHE

Der Herstellerverband China Association of Automobile Manufacturers brachte gute Nachrichten für die deutschen Autobauer: Zum Jahresbeginn konnten Daimler, BMW und VW ihren Absatz kräftig steigern. Im Januar haben die Fahrzeughersteller 2,46 Millionen PKWs verkauft - das sind insgesamt elf Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Für Daimler, BMW und VW sind dies gute

Aussichten. Einer Studie von Ernst & Young wird mittlerweile jedes dritte Auto auf dem chinesischen Markt verkauft.

Im Januar hat etwa Audi in China deutlich mehr Autos verkauft. Mit 60.875 Fahrzeugen lieferte die VW-Tochter 73 Prozent mehr aus als im Vorjahreszeitraum. Zuvor hatten Verhandlungen mit chinesischen Partnern den Absatz temporär ausgebremst.

MÖLLER-MAERSK WEITERHIN IN DEN ROTEN ZAHLEN

Obwohl sich die Container-Schifffahrt stetig beruhigt, kommt der Weltmarktführer Møller-Maersk nicht aus den roten Zahlen. Überkapazitäten, sinkenden Frachtraten und ein Cyberangriff hatten das Geschäft des vergangenen Jahres schwer belastet. Durch diese Faktoren ist ein Verlust von 950 Millionen Euro entstanden. Allein die Kosten, die durch den Hacker-Angriff im Frühjahr 2017 entstanden waren, belaufen sich durch das Lahmlegen des Systems für mehrere Tage auf bis zu 300 Millionen Euro. Das Minus konnte zwar zum Jahr 2016 ver-

ringert werden, jedoch sei man insgesamt enttäuscht in der Kopenhagener Unternehmenszentrale. Die Hoffnungen für das laufende Jahr seien jedoch hoch, da beispielsweise die Container-Sparte Maersk Line höhere Absatzgewinne als die Konkurrenz verbucht.

Man geht davon aus, dass sich die Branche konsolidieren werde und Ende 2018 etwa die Hälfte der 20 führenden Reedereien nicht mehr auf dem Markt sein werden. Ferner soll das Logistikgeschäft mit einer Speditionssparte ausgebaut werden, um die Bilanzen zu stabilisieren.

WETTBEWERBSSTRAFE FÜR GOOGLE IN INDIEN

Der Internetkonzern Google wurde in Indien für die bevorzugte Platzierung eigener Inhalte in seiner Suchmaschine von den Wettbewerbshütern bestraft. Die Höhe der Strafe beträgt 17 Millionen Euro - etwa fünf Prozent des Umsatzes, den der US-Konzern in Indien generiert.

Vorangegangen war eine Beschwerde aus dem Jahr 2012 einer indischen Verbrau-

chenschutzgruppe sowie einer indischen Partnervermittlung. Das Urteil wurde am gestrigen Donnerstag gefällt. Google kündigte an sich gegen das Urteil juristisch zu wehren.

Erst im Sommer 2017 zog das kalifornische Unternehmen gegen die EU-Kommission vor Gericht, um die Rekordstrafe von 2,4 Milliarden Euro anzufechten.

CHINESISCHER STAATSKONZERN ÜBERNIMMT TEILE VON 50HERTZ

Chinas größter Staatskonzern SGCC übernimmt 20 Prozent der Anteile des nordost-deutschen Netzbetreiber 50Hertz.

Das Unternehmen betreibt das Übertragungsnetz in Ostdeutschland und Hamburg.

PERSONALIEN

KERST WIRD NEUE THÜRINGER WIRTSCHAFTSSTAATSEKRETÄRIN

Valentina Kerst (Jg. 1979, SPD) wird neue Staatssekretärin im Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft. Das bestätigte das Kabinett um Ministerpräsident Bodo Ramelow (Die Linke) am 30. Januar. Die offizielle Ernennung wird nach der Verkündung des Haushaltsgesetzes 2018/2019 in den kommenden Tagen erfolgen. Kerst wird für die Bereiche Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsförderung, Tourismus und Digitale Gesellschaft zuständig sein. Sie folgt auf Georg Maier, der im vergangenen Sommer in das Amt des Thüringer Innenministers gewechselt ist. Thüringer Wirtschaftsminister ist Wolfgang Tiefensee (SPD).

WÜBBEN IN ERWEITERTER POSITION BEI ALDI SÜD

Peter Wübben, Geschäftsführer Kommunikation bei Aldi Süd, ist seit Anfang des Jahres zusätzlich für das Marketing zuständig. Damit verantwortet er die Bereiche Public Affairs, Unternehmenskommunikation und Branding, Absatzwerbung, Kreativmarketing sowie Customer Relationship Management des Discounters. Vor seinem Wechsel zu Aldi Süd war Wübben Leiter der Konzernkommunikation der Metro Group.

SEEBACH LEITET HAUPTSTADTBÜRO VON ABBVIE

Patrick Seebach (34) ist der neue Leiter des Hauptstadtbüros bei Abbvie Deutschland. Er folgt auf Anja Moeller, die nun Verhandlungsführerin GKV-SV bei dem Biopharmaunternehmen ist. Seebach berichtet an den Director Government Affairs, Philipp Huwe. Er hat die Position am 1. November übernommen.

AUS DEN BOTSCHAFTEN

FINNISCHE BOTSCHAFT: DISKUSSION ÜBER GRUNDEINKOMMEN

Finnland ist mutig vorangeschritten und hat den Realitätsscheck gewagt. Seit 2017 erhalten 2.000 Finnen für zwei Jahre 560 Euro monatlich - ohne etwas dafür zu tun. Ist das auch in Deutschland denkbar, liegt in dem Modell gar die Zukunft? Darüber ist eine Debatte entbrannt, Ute Holzhey möchte mit ihren Gästen das Für und Wider abwägen: Am Dienstag, 13.02.2018 um 18:00 Uhr im Auditorium der Nordischen Botschaften.

WORTE DER WOCHE

»Natürlich ist das ein Medienphänomen. Was Kevin Kühnert bisher zu sagen hat, halte ich nicht für besonders aufregend.«

Herfried Münkler, Politologe, im Tagesspiegel auf die Frage, ob der Hype um Kevin Kühnert (Juso-Chef), Annalena Baerbock oder Robert Habeck von den Grünen rein medial sei oder Ausdruck einer Sehnsucht nach Erneuerung.

»Erinnern S' mich bloß nicht an die G'schicht. Da wird mir ganz übel. Den Kurz kann ich wirklich nur bedauern, dass er sich mit dem Strache und seiner ganzen Gesellschaft ins Bett legen musste. Das ist ein schlimmes Malheur. Seid bitte froh, dass ihr die Merkel habt. Die Alternative ist schrecklich.«

Lotte Tobisch, 91, österreichische Theaterschauspieler, Salondame und ehemals Organisatorin des Wiener Opernballs auf die Frage nach Österreichs Kanzler Sebastian Kurz.

»Puh! Wir haben immerhin noch das Kanzleramt.«

Der vergleichsweise unbekannt CDU-Abgeordnete Olav Guttig hatte bereits am Mittwoch mit einem Tweet den Nerv vieler in der CDU getroffen.

»Wie kann man über Weltfrieden reden und darauf hoffen, gleichzeitig aber auch über neue Atomwaffen reden?«

Hassan Rohani, Irans Präsident, zu US-Plänen, mehr auf taktische Atomwaffen zu setzen.

»Habeck befriedigt intellektuell linke Sehnsüchte, ist aber ein unglaublicher Pragmatiker.«

Wolfgang Kubicki, FDP-Bundesvize, über den neuen Parteivorsitzenden der Grünen.

»Er löst das nicht ein, was sie von ihm erwartet hatten. Das andere Problem war, dass er nicht gestählt war im Machtkampf der Bundespolitik. Brüssel ist ja nur ein Spielplatz von Helden, die sich schnell als Scheinriesen erweisen. Die Kämpfe in einer Volkspartei sind doch von anderer Qualität.«

Herfried Münkler, Politologe, im Tagesspiegel, über Martin Schulz Sympathieabsturz in der Bevölkerung.

»Es ist ein kindischer Spaß, aber kindische Späße sind wichtig.«

Elon Musk, Chef SpaceX, nach dem erfolgreichen Test der Weltraumrakete „Falcon Heavy“ mit dem Tesla-Elektro-Cabriolet als Ladung.

»Was vielleicht ursprünglich als alternatives Zahlungssystem ohne staatliche Beteiligung gedacht war, ist inzwischen zu einer Mischung aus Finanzblase, Schneeballsystem und Umweltkatastrophe geworden.«

Augustin Carstens, Generaldirektor BIZ, über Kryptowährungen.

TERMINE

12.2. HUMANISTISCHE UNION UND HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZUR ZUKUNFT DER EU

Diskussionsveranstaltung der Humanistischen Union, des Arbeitskreises kritischer Juristinnen und Juristen an der Humboldt-Universität zu Berlin und der Zeitschrift »vorgänge« zum Thema »Vereinigte Staaten von Europa?«, unter anderem mit dem Staatsminister im Auswärtigen Amt Michael Roth, dem ehemaligen Bundesverfassungsrichter Prof. Dieter Grimm und der Mitherausgeberin der Zeitschrift Blätter für deutsche und internationale Politik Prof. Rosemarie Will Humboldt-Universität zu Berlin - Hauptgebäude, Unter den Linden 6, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich).

12.2. BERLINER WIRTSCHAFTSGESPRÄCHE MIT DER BERLINER ARBEITSENATORIN

Diskussionsveranstaltung der Berliner Wirtschaftsgespräche zum Thema »Zukunft der Arbeit - Herausforderungen an eine künftige Berliner Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik«, unter anderem mit der Berliner Arbeits- und Sozialsenatorin Elke Breitenbach und dem ehemaligen Präsidenten der Hochschule für Wirtschaft und Recht Prof. Bernd Reiser Bank für Sozialwirtschaft, Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin (kostenpflichtig).

14.2. LIBERAL-ISLAMISCHER BUND ZU ISLAMISCHEN WERTEN IN DEUTSCHLAND

Diskussionsveranstaltung des Liberal-Islamischen Bunds zum Thema »Islamische Werte - auch in Deutschland?«, unter anderem mit der Leiterin der Studie »Religionsmonitor« bei der Bertelsmann-Stiftung Dr. Yasemin El-Menouar und dem Gründungsdirektor des Erlanger Zentrums für Islam und Recht in Europa Prof. Mathias Rohe Stadtschloss Moabit, Rostocker Straße 32, 10553 Berlin (keine Anmeldung erforderlich).